

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände



DEUTSCHER
LANDKREISTAG



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände · Hausvogteiplatz 1 · 10117 Berlin

Datum
10.1.2023

European Commission
Directorate-General for Competition, Unit A.3
State aid registry
1049 Brussels
Belgique /België
Ref.: HT.5647

Bearbeitet von
Tanja Struve

Telefon (0 30) 59 00 97 - 361
Telefax (0 30) 59 00 97 - 400

E-Mail:
Tanja.Struve@Landkreistag.de

COMP-A3-PUBLIC-CONSULTATION@ec.europa.eu

Stellungnahme zum Entwurf der EU-Kommission für eine überarbeitete De-minimis-Verordnung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände bedankt sich für die Möglichkeit, zur geplanten Überarbeitung der Vorgaben zur Freistellung von Beihilfen mit geringen Beträgen („De-minimis-Beihilfen“) Stellung nehmen zu können.

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände vertritt die Interessen aller deutschen Städte, Landkreise und Gemeinden und damit die Gesamtheit der kommunalen Gebietskörperschaften in Deutschland.

Die EU-Kommission hat zur Teilnahme an einer öffentlichen Konsultation zu einer möglichen Verlängerung und Überarbeitung der am 31.12.2023 auslaufenden De-minimis-Verordnung 1407/2013 im Rahmen von staatlichen Beihilfen aufgerufen. Zu diesem Zweck hat sie einen Verordnungsentwurf veröffentlicht, der eine inflationsbedingte Erhöhung der bisherigen Schwellenwerte von 200.000 € auf 275.000 € bzw. von 100.000 € auf 137.500 € für Straßenverkehrsunternehmen sowie die Einführung eines verpflichtenden Transparenzregisters auf nationaler bzw. EU-Ebene vorsieht.

Das europäische Beihilferecht ist für die Städte, Landkreise und Gemeinden einerseits als Empfänger von staatlichen Förderungen und andererseits zur Finanzierung der kommunalen Aufgabenbereiche von zentraler Bedeutung. Dazu zählen eine Vielzahl von Aufgaben auch außerhalb des Bereiches der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAWI), für die die

DAWI-De-minimis-Verordnung gilt, wie u. a. der Baubereich oder bestimmte Bereiche der Wirtschaftsförderung.

Aufbauend auf den avisierten Änderungen der Kommission für die De-minimis-Verordnung nehmen wir wie folgt Stellung.

Anhebung der Höhe des Schwellenwerts für De-minimis Beihilfen auf mindestens 600.000 €

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände begrüßt, dass die Kommission selbst eine Anhebung der Schwellenwerte für De-minimis-Beihilfen ankündigt. Um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die derzeitige Inflation und die seit 2006 erheblich gestiegenen Erzeugerpreise zu berücksichtigen, muss jedoch der Schwellenwert mindestens auf das Dreifache des jetzigen Betrages und damit auf 600.000 € angehoben werden. Nur auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass die Prüf- und Verwaltungskosten für die kommunalen Gebietskörperschaften in angemessenem Verhältnis zum erwarteten Nutzen stehen. Eine Berücksichtigung lediglich der Inflation ist vor dem Hintergrund der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung absolut nicht ausreichend.

Zudem wird der aktuelle Schwellenwert aus kommunaler Perspektive seit langem als viel zu gering eingestuft. Die Höhe der De-minimis-Schwellenwerte ist des Weiteren seit über einem Jahrzehnt unverändert. Durch die aktuell hohe Inflation, die Aus- und Nachwirkungen der Corona-Pandemie und den gestiegenen Bau- und Energiekosten sind kommunale Planungen stark betroffen. Diese Entwicklung muss in der neuen Verordnung ab 1.1.2024 berücksichtigt werden. Eine solche Erhöhung der Obergrenze hätte zudem nicht nur positive Auswirkungen auf die klassische Wirtschaftsförderung, sondern darüber hinaus auf weite Teile europäischer Fördermittel, die durch niedrigere Verwaltungskosten einen größeren Nutzen bei den Empfängern erzielen könnten.

Die Anhebung auf eine Schwelle von 600.000 € hat zudem keine oder lediglich zu vernachlässigende negative Auswirkungen auf den Binnenmarkt. Bei der Gewährung eines Ausgleichs für kommunale Aufgaben unterhalb dieses Wertes dürfte es regelmäßig an dem Merkmal der Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels fehlen. Außerdem tragen Beihilfen, die ein Marktversagen in bestimmten kommunalen Bereichen besonders im ländlichen Raum vermeiden, zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse (wirtschaftliche, soziale und territoriale Kohäsion) bei. Dieses in Art. 174 AEUV primärrechtlich verankerte Ziel hat horizontale Gültigkeit und muss aus diesem Grund auch im vorliegenden Zusammenhang des Beihilferechts berücksichtigt werden. Die Kommission verfolgt es bereits in anderen Regelungsbereichen, wie beispielsweise in der Regional- und Kohäsionspolitik.

Entsprechend der Erhöhung des Schwellenwerts in der De-minimis-Verordnung fordert die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände auch für den Schwellenwert in der DAWI-De-minimis-Verordnung eine Verdreifachung des Betrages auf 1,5 Mio. €.

Keine neuen bürokratischen Monitoring- und Transparenzanforderungen

Die Kommission sieht in der Überarbeitung der De-minimis-Verordnung die Einführung eines verbindlichen Registers vor, um die Transparenz für Interessenträger und Mitgliedstaaten zu erhöhen und den Verwaltungsaufwand für Unternehmen, die derzeit Eigenerklärungen abgeben, zu verringern.

Die Einführung eines verbindlichen Registers für De-minimis-Beihilfen lehnen wir ab, da sich die Praxis der Eigenerklärungen in Deutschland bewährt hat und wir durch die Einführung eines verbindlichen Registers vor allem einen erhöhten bürokratischen Mehraufwand bei den Beihilfegebern, insbesondere bei Kleinstbeträgen, befürchten. Gerade im Bereich der De-minimis-Beihilfen, der von der EU-Kommission selbst als nicht relevant für den Handel zwischen den Mitgliedstaaten angesehen wird, sollten erhebliche Erleichterungen auch mit Blick auf den Verwaltungsaufwand gelten.

Dem ist hinzuzufügen, das bedauerlicherweise der Verwaltungsaufwand insgesamt bereits gestiegen ist. Dies ist auch auf die Überwachung der eigenen Fördertätigkeiten zurückzuführen. Zudem müssen aufgrund der Komplexität und der hiermit verbundenen Rechtsunsicherheit in vielen Fällen externe Beratungsfirmen eingebunden werden. Diese verursachen Kosten in nicht zu vernachlässigendem Umfang. Eine weitere bürokratische Verkomplizierung lehnen wir daher ab.

Die zur Vermeidung von Kumulierung von De-minimis-Beihilfen derzeit bestehende Wahl der Mitgliedstaaten (zwischen staatlichen Registern oder Eigenerklärung durch Unternehmen) sollte daher beibehalten werden. Ein Mehrwert des geplanten verpflichtenden Registers erschließt sich weder für die Interessenträger noch die Mitgliedstaaten. Ein Register würde lediglich der Kommission Daten über die in den Mitgliedstaaten gewährten De-minimis-Beihilfen vermitteln. Dies ist allerdings für einen Bereich, den die Kommission selbst als nicht beihilfenrelevant ansieht, nicht erforderlich.

Einführung einer echten Bagatellgrenze von 10.000 € ohne jegliche Erfassung

Wie dargestellt, entsteht kommunalen Gebietskörperschaften auch bei De-minimis-Beihilfen ein erheblicher Verwaltungsaufwand. Dies ergibt sich insbesondere aufgrund der Vorschriften, die für die Einhaltung des Kumulierungsverbots vorgesehen sind. Gerade im Bereich der De-minimis-Beihilfen, ein Bereich, den die EU-Kommission als nicht beihilfenrelevant ansieht, sollten aber erhebliche Erleichterungen auch mit Blick auf den Verwaltungsaufwand gelten.

Daher fordern wir die Einführung einer echten Bagatellgrenze, unterhalb derer für kleine Einzelförderungen mit einem Wert von bis zu 10.000 € keinerlei Verpflichtungen gelten sollten. Beihilfen unterhalb dieses Wertes sollten vollständig von der Erfassung und Registrierung ausgenommen werden. Auf diese Weise könnte der Verwaltungsaufwand sowohl bei Unternehmen als auch bei Beihilfegebern für Beträge vermieden werden, bei denen allein aufgrund des geringen Betrages eine Wettbewerbsverzerrung grundsätzlich ausgeschlossen werden kann.

Entsprechend fordern die Verbände auch in der DAWI-De-minimis-Verordnung die Einführung einer echten Bagatellgrenze mit einem Wert von 30.000 €.

Die Bundesvereinigung steht gern für einen fachlichen Austausch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Tanja Struve
Leiterin Europabüro Deutscher Landkreistag